

Antrag zum Landesausschuss von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am 15. Mai 2019

Antragsteller*innen: Grüne Jugend Berlin, Georg Kössler (KV Neukölln), Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Antje Kapek (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Lisa Paus (KV Charlottenburg-Wilmersdorf) und Canan Bayram (KV Friedrichshain-Kreuzberg),

#FUSIONBLEIBT - STOPP DER REPRESSION GEGEN DAS FUSION-KULTURFESTIVAL!

Seit mehr als 20 Jahren findet einmal im Jahr das Fusion-Festival in Mecklenburg-Vorpommern statt. Seit über 20 Jahren feiern dort mittlerweile über 70.000 Menschen aus aller Welt friedlich und bunt. Seit über 20 Jahren sind dort keine nennenswerten Zwischenfälle geschweige denn Sicherheitsprobleme vorgekommen. Auch die Polizei bestätigte all die Jahre einen weitestgehend störungsfreien Verlauf. Doch die Polizei hat nun erklärt, eine Polizeiwache mitten auf dem Gelände einrichten zu wollen und zudem sogar anlasslos Polizeistreifen über das Festival zu schicken. Die Veranstalter wehren sich zu Recht. Die Forderungen der Polizei sind kein Sicherheitskonzept, sondern ein Verhinderungskonzept für das Festival. Es darf auf keinen Fall zu dessen Absage oder einem eingeschränkten Ablauf führen. Eine anlasslose Polizeipräsenz und Kontrollen der Festivalbesucher*innen auf dem Gelände stehen der Kunst- und Versammlungsfreiheit entgegen. Die Fusion hat auch auf die Berliner Clubkultur eine hohe Strahlkraft und wird zum Teil von ihr mit verantwortet. Wir sehen den Angriff auf die Fusion als einen Angriff auf die Berliner Clubkultur und den liberalen Lebensstil vieler Berliner*innen. Wir fordern die Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Manuela Schwesig daher auf, sich im Sinne der freien Entfaltung des Individuums und der Kunstfreiheit für das Fusion-Festival stark zu machen und für eine Einigung zu sorgen.

Begründung:

Mit dem Fusion Festival steht dieses Jahr eines der größten unkommerziellen, alternativen Kulturfestivals mit rund 70.000 jährlichen Besucher*innen auf der Kippe. Denn der zuständige CDU-Landrat und der Polizeipräsident Neubrandenburg fordern ein neues Sicherheitskonzept auf dem ehemaligen Militärplatz in Lärz, welcher u.a. eine Dauerüberwachung aller Teilnehmenden und eine stationäre Wache auf dem Festivalgelände vorsieht. Begründet wird dies mit "Gefahrenabwehr", die schon bei umstrittenen Polizeigesetzen immer mehr zur Begründung von Repression und Überwachung herangezogen wird.